

02.05.2016 – PM 35/2016

Drohende Wohnungsnot in Ballungsräumen

IG BAU fordert steuerliche Förderung bezahlbarer Wohnungen

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die große Koalition auf, deutliche Anreize für den Bau von bezahlbaren Wohnungen zu setzen. „Wir brauchen dringend mehr günstigen Wohnraum in Ballungszentren. In Metropolregionen sind die Mieten in schwindelerregende Höhe geschossen. Selbst Normalverdiener können sich dort keine Wohnung mehr leisten. Geringverdiener sind erst recht chancenlos. Die große Koalition hat das Problem erkannt, sie muss jetzt danach handeln“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. „Die Politik muss dabei das Rad nicht neu erfinden. Eine Verknüpfung steuerlicher Förderung mit einer Mietpreisbindung hat sich in den 1990er Jahren schon einmal bewährt. An diesem Modell sollten sich die Regierungsparteien orientieren, um den Wohnungsengpass schnellst möglich zu beseitigen.“

Die Bundesregierung hatte im März dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum vorgelegt. Darin sah sie steuerliche Anreize für Bauherren vor, jedoch ohne eine Mietpreisbindung. Vergangene Woche hatte der Bundestag die Entscheidung über den Entwurf vor dem Hintergrund zahlreicher Nachbesserungsvorschläge vertagt.

„Die Menschen, die dringend eine bezahlbare Bleibe suchen, haben für dieses Hin und Her der Politik ebenso wenig Verständnis wie potentielle Bauherren“, sagte Schäfers. „Die große Koalition muss ihrer Verantwortung gerecht werden und zügig Maßnahmen zur Förderung von Wohnungsneubau umsetzen.“

(1483 Zeichen)